

Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte e.V.

Satzung vom 2. Mai 2015

§ 11 Abs. 2 geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 01.06.2016
§ 11 Abs. 2 und § 13 geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 06.07.2019
Name, § 1, § 3 S. 3 u. 5, § 7 S. 4, § 8 S. 1 u. 2, § 10, § 11 S. 5 u. 9, § 12 S. 1, 5, 6 u. 7, § 13, §
14 u. § 15 geändert durch Beschluss der Mitgliederversammlung vom 24.06.2023

§ 1 (Name und Sitz)

Der Verein führt den Namen Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte e.V. .

Der Verein ist im Vereinsregister unter der Nummer 8507 beim Amtsgericht Potsdam registriert.

Der Sitz des Vereins ist Potsdam.

§ 2 (Geschäftsjahr)

Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 3 (Zweck des Vereins)

Zweck des Vereins ist die Förderung der Hilfe für politisch Verfolgte.

Weiterhin die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens.

Der Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch die partnerschaftliche Unterstützung von ehemaligen und aktuellen Ortskräften der deutschen Bundesregierung sowie ihrer direkten Angehörigen bei der individuellen Selbstverwirklichung.

Dies umfasst zum Beispiel Hilfe bei

- der Wohnungssuche,
- der Arbeitssuche,
- der schulischen und beruflichen Weiterbildung, - dem Erlernen der deutschen Sprache und
- Einfinden in die deutsche Kultur.

Außerdem wird der Satzungszweck verwirklicht durch Aufklärung der Öffentlichkeit über das Los von Ortskräften.

Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung.

§ 4 (Selbstlose Tätigkeit)

Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 (Mittelverwendung)

Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins.

§ 6 (Verbot von Begünstigungen)

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 7 (Erwerb der Mitgliedschaft)

Natürliche Personen oder juristische Personen können Vereinsmitglieder werden. Der Aufnahmeantrag ist schriftlich zu stellen. Über den Aufnahmeantrag entscheidet der Vorstand. Gegen die Ablehnung, die keiner Begründung bedarf, steht dem/der Bewerber/in die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, welche dann endgültig entscheidet.

Der Verein kann Ehrenmitglieder ernennen.

§ 8 (Beendigung der Mitgliedschaft)

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluss, Tod, durch Verlust der Rechtsfähigkeit bei juristischen Personen oder durch die Auflösung des Vereins.

Der Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber einem vertretungsberechtigten Vorstandsmitglied jeweils zum Ende des Kalenderjahres. Die schriftliche Austrittserklärung muss mit einer Frist von einem Monat gegenüber dem Vorstand erklärt werden.

Ein Ausschluss kann nur aus wichtigem Grund erfolgen. Wichtige Gründe sind insbesondere ein die Vereinsziele schädigendes Verhalten, die Verletzung satzungsmäßiger Pflichten oder Beitragsrückstände von mindestens einem Jahr. Über den Ausschluss entscheidet der Vorstand. Gegen den Ausschluss steht dem Mitglied die Berufung an die Mitgliederversammlung zu, die schriftlich binnen eines Monats an den Vorstand zu richten ist. Die Mitgliederversammlung entscheidet im Rahmen des Vereins endgültig. Dem Mitglied bleibt die Überprüfung der Maßnahme durch Anrufung der ordentlichen Gerichte vorbehalten. Die Anrufung eines ordentlichen Gerichts hat aufschiebende Wirkung bis zur Rechtskraft der gerichtlichen Entscheidung.

§ 9 (Beiträge)

Von den Mitgliedern werden Beiträge erhoben. Die Höhe der Beiträge und deren Fälligkeit bestimmt die Mitgliederversammlung.

§ 10 (Organe des Vereins)

Organe des Vereins sind die Mitgliederversammlung, der Geschäftsführer und der Vorstand.

§ 11 (Mitgliederversammlung)

Die Mitgliederversammlung ist das oberste Vereinsorgan. Sie ist abschließend zuständig für die Wahl und Abwahl des Vorstands, Entlastung des Vorstands, Entgegennahme der Berichte des Vorstandes, Wahl des Kassenwarts und des Kassenprüfers, Festsetzung von Beiträgen und deren Fälligkeit, Beschlussfassung über die Änderung der Satzung, Beschlussfassung über die Auflösung des Vereins, Entscheidung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern in Berufungsfällen sowie weitere Aufgaben, soweit sich diese aus der Satzung oder nach dem Gesetz ergeben. In Angelegenheiten, welche in die Zuständigkeit des Vorstandes fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs eine Empfehlung der Mitgliederversammlung einholen.

Im zweiten Quartal eines jeden Geschäftsjahres findet eine ordentliche Mitgliederversammlung statt.

Der Vorstand ist zur Einberufung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung verpflichtet, wenn mindestens ein Drittel der Mitglieder dies schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt.

Die Mitgliederversammlung wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von einem Monat schriftlich unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt mit dem auf die Absendung des Einladungsschreibens folgenden Tag. Das Einladungsschreiben gilt als den Mitgliedern zugegangen, wenn es an die letzte dem Verein bekannte Adresse oder E-Mail-Adresse, gerichtet war.

Die Tagesordnung ist zu ergänzen, wenn dies ein Mitglied bis spätestens eine Woche vor dem angesetzten Termin schriftlich beantragt. Die Ergänzung ist zu Beginn der Versammlung bekanntzumachen.

Anträge über die Abwahl des Vorstands, über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins, die den Mitgliedern nicht bereits mit der Einladung zur Mitgliederversammlung zugegangen sind, können erst auf der nächsten Mitgliederversammlung beschlossen werden.

Die ordnungsgemäß einberufene Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Die Mitgliederversammlung wird von einem Vorstandsmitglied geleitet (Versammlungsleiter). Die Mitgliederversammlung ist nicht öffentlich. Der Versammlungsleiter kann Gäste zulassen. Über die Zulassung von Presse, Rundfunk oder Fernsehen entscheidet die Mitgliederversammlung.

Zu Beginn der Mitgliederversammlung ist ein Schriftführer zu wählen.

Jedes Mitglied hat eine Stimme. Das Stimmrecht kann nur persönlich oder für ein Mitglied unter Vorlage einer schriftlichen Vollmacht ausgeübt werden. Bei Abstimmungen entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Satzungsänderungen und die Auflösung des Vereins können nur mit einer Mehrheit von 2/3 der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen bleiben außer Betracht.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter und dem Schriftführer zu unterzeichnen ist.

§ 12 (Vorstand)

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden, drei stellvertretenden Vorsitzenden und dem Kassenwart. Zwei Vorstandsmitglieder vertreten gemeinsam den Verein nach außen. Sie vertreten den Verein gerichtlich und außergerichtlich. Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten zuständig, die nicht in die Zuständigkeit der Mitgliederversammlung fallen.

Der Vorstand kann einen Beirat benennen, der dem Verein und dem Vorstand beratend zur Seite steht.

Der Vorstand kann einen Geschäftsführer bestellen. Dieser soll den Vereinsvorstand in den Vereinsangelegenheiten entlasten.

Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von drei Jahren gewählt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Nur Mitglieder des Vereins können Vorstandsmitglieder werden. Die Wiederwahl ist zulässig.

Der Vorstand bleibt so lange im Amt, bis ein neuer Vorstand gewählt ist. Scheidet ein Mitglied des Vorstandes während der Amtsperiode aus, so wird das Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen gewählt.

Bei Beendigung der Mitgliedschaft im Verein endet auch das Amt als Vorstand.

§13 (Geschäftsführer)

Der Vorstand bestellt einen Geschäftsführer, der für die Organisation und Ausübung des Geschäftsbetriebs verantwortlich ist. Der Geschäftsführer nimmt an den Sitzungen des Vorstandes mit beratender Stimme teil. Aufgabenstellung und Überwachung der Geschäftsführung obliegen dem Vorstand.

§ 14 (Kassenprüfung)

Die Mitgliederversammlung wählt zur Kassenprüfung mindestens zwei Kassenprüfer für die Dauer von drei Jahren. Die Amtszeit endet mit der Wahl eines Nachfolgers. Die Wiederwahl ist zulässig. Der Kassenprüfer darf nicht Mitglied des Vorstandes sein.

§ 15 (Auflösung des Vereins)

Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an den Verein „Über den Tellerrand kochen e.V., Berlin“, der es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke zu verwenden hat.